



TEXTSAMMLUNG 2019

Vo wäge „für‘s Läbe“!
Bündnis für ein selbstbestimmtes Leben
S. 4

**Wieso der „Marsch für‘s Läbe“
ein Angriff auf unsere Freiheit ist**
f.u.d.i. (feministische und direkte Intervention)
S. 6

Social Media Screenshot
S. 9

Die Kontrolle des menschlichen Körper
Revolutionärer Aufbau
S. 10

Gender trouble im Paradies
S. 12

Vo wäge „für’s Läbe“!

Den Aufmarsch der christlichen Rechten verhindern!

Am 14. September 2019 kommt der „Marsch für’s Läbe“ zurück nach Zürich. Nach drei Jahren Abwesenheit – welche den lautstarken Gegenprotesten von Feminist*innen, Revolutionär*innen und anderen fortschrittlichen Menschen zuzurechnen ist – demonstrieren die christlichen Fundamentalist*innen nun zum zehnten Mal gegen das Recht auf Abtreibung und damit gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, trans und inter Personen über ihren eigenen Körper. Mit «für’s Läbe» hat dieser Aufmarsch nichts zu tun. Die Christfundis inszenieren sich als Lebensschützer*innen, doch propagieren in Tat und Wahrheit ein gewaltig reaktionäres, frauen- und LGBTIQ*-verachtendes Menschenbild. Das «Läbe», welches sie sich wünschen, ist ein patriarchales, zutiefst sexistisches und konservatives Leben wo Frauen zu Gebärmaschinen für Staat, Nation, Kirche und Kapital degradiert werden und über kein Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper verfügen: Vo wäge für’s Läbe!

Die rechten Christ*innen proklamieren, dass Abtreibung Mord sei, die psychische Gesundheit gefährde und das christliche Modell der patriarchalen Kernfamilie aushöhle. Zur Untermauerung ihrer Argumente scheuen sie auch nicht davor zurück, Menschen mit Behinderung auf die Strasse zu zerren und unter dem Motto «Danke, dass ich Leben darf» vordergründig für «Das Lebensrecht von Menschen mit Downsyndrom» zu protestieren. Dieses Vorgehen ist perfide und degradiert Menschen mit Behinderungen, in dem es sie als Werbeträger*innen reaktionärer Positionen instrumentalisiert.

Mitorganisiert wird der «Marsch für’s Läbe» vom Zürcher SVP Politiker Daniel Regli, der in der Vergangenheit durch extrem menschenverachtende Aussagen zu Suizid bei Schwulen fragwürdige Berühmtheit erlangte. Aber auch die anderen OK-Mitglieder haben es in sich. Neben den Anbieter*innen moralisierender Beratungsseiten, finden sich hier auch zahlreiche Akteur*innen wieder, die offen islamophobe, fremdenfeindliche, homophobe und transphobe Positionen vertreten. So etwa die Betreiber*innen der Website zukunft-ch.ch, die mit Texten und Veranstaltungen zu Überfremdung, aber auch zur Heilung Transsexueller das Bild einer «Zukunft» zeichnen, in der nur weisse, hetero-cis Christinnen einen Platz haben. Ebenfalls vertreten sind die Mitglieder von «Christen für die Wahrheit», einer sektenartigen Gruppierung, die immer wieder mit der Verbreitung schwurbeliger Verschwörungstheorien und massiv queerfeindlicher Inhalte negativ auffallen.

Das alles ist Grund genug, um den Aufmarsch der christlichen Rechten in Zürich zu verhindern, denn dieses «für's Läbe» ist ein Witz, über den wir nicht lachen können.

Für die Freiheit, für das Leben, Fundis von der Strasse fegen!

Bündnis für ein selbstbestimmtes Leben

Wieso der «Marsch fürs Läbe» ein Angriff auf unsere Freiheit ist

Abgetrieben wurde schon immer

Abtreibungsverbote verhindern nicht, dass Menschen abtreiben, sondern führen dazu, dass sie dies im Schatten der Illegalität tun müssen. So trifft die Bestrafung von Schwangerschaftsabbrüchen besonders Frauen, trans, inter und queere Personen (kurz FTIQ)¹ aus der Unterschicht. Denn sie haben oft nicht genug Geld, um sich den entsprechenden Behandlungen in sicheren Kliniken im Ausland zu unterziehen. Noch immer sterben deswegen jährlich tausende Personen am Versuch, im Verborgenen abzutreiben. Feminist*innen haben uns das Recht, über eine ungewollte Schwangerschaft selbst entscheiden zu dürfen, vor nicht langer Zeit erkämpft. Doch gerade mit Blick in Länder wie die USA oder Polen wird schnell klar: Das Szenario, dass uns diese Rechte plötzlich wieder genommen werden, ist eine reale Bedrohung.

Wieso kämpfen wir als Feminist*innen um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch?

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist ein zentrales feministisches Anliegen. Im Zentrum steht die Selbstbestimmung von FTIQ über ihre eigenen Körper – weder Staat, Politik noch Religion steht es zu, uns vorzuschreiben, was wir damit tun. Ob und wann wir Kinder bekommen, entscheiden wir! Das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen nimmt uns diese Entscheidung und zwingt uns dazu, Kinder in die Welt zu setzen, ganz egal, ob wir wollen und können. Dass dabei die Rechte eines Zellhaufens, der sich potenziell zu einem Lebewesen weiterentwickeln könnte, über unser Selbstbestimmungsrecht gestellt werden, sagt viel über die Stellung von FTIQ in dieser Gesellschaft aus. Im Patriarchat sollen FTIQ klein gehalten werden, es soll über unser Verhalten bestimmt werden, unsere Körper sollen vereinnahmt werden.

Als Feminist*innen wehren wir uns gegen jede Entmündigung, gegen Fremdbestimmung und jegliche Herrschaftsverhältnisse. Wir kämpfen für die Autonomie und Selbstbestimmung aller. Aus einer feministischen, sprich nicht-menschenverachtenden, Perspektive wird klar: Weder Staat, Religion noch die Politik dürfen über Fragen wie diese entscheiden, sondern nur die betroffenen Personen selbst. Dieses Recht verteidigen wir, und dafür kämpfen wir!

Zur aktuellen Situation in der Schweiz

Nachdem in der Schweiz der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen lange kompliziert und kantonale geregelt war, trat 2002 nach einer Volksabstimmung endlich die sogenannte «Fristenregelung» in Kraft. Menschen (die einen

geregelten Aufenthaltsstatus haben, über eine Krankenversicherung verfügen und zudem 800.00 Franken bezahlen können) haben hier nun die Möglichkeit, eine Schwangerschaft bis zur 12. Woche abzubrechen. Diese Regelung lässt uns zwar ein gewisses Mass an Entscheidungsfreiheit – schlussendlich aber ist es immer noch nicht die betroffene Person selbst, die entscheidet, sondern das Gesetz.

Gesetzliche Abtreibungsverbote stehen in einer langen Reihe staatlicher Regulierungen von Körpern und Menschen. Dazu gehören beispielsweise Zwangssterilisierungen, durch die es diskriminierten Minderheiten auch in der Schweiz bis in die 1980er verunmöglicht wurde, sich fortzupflanzen. Abtreibungsverbote dienten damals wie heute als Mittel zur Zementierung reaktionärer Familienbilder und zur Regulierung der Gesellschaft – oft aus rassistischem Kalkül zur Wahrung einer vermeintlich von Migration gefährdeten «westlichen» Gesellschaft.

Was haben Abtreibungsverbote mit rechtem Gedankengut zu tun?

Die antifeministische Mobilisierung zum „Marsch fürs Leben“ der christlichen Rechten greift das Recht auf Selbstbestimmung und freie Auseinandersetzung mit Sexualität und Geschlechtsidentität an. Diese Bevormundung rechtfertigen sie mit einer rechten und reaktionären Auslegung des Christentums, die ganz wunderbar zu anderen rechten, wenn nicht gar faschistischen Ideologien passt. Zentraler Bestandteil beider ist die christliche Kernfamilie, die aus «Mann», «Frau» und den Kindern zu bestehen hat, wobei die Frau als laufender Brutkasten und der Mann als Beschützer und Ernährer der Familie gilt. Die strikte binäre Einteilung aller Menschen in «Frauen» und «Männer» und die zwingende Zuschreibung der jeweiligen Rollen wird von ihnen als einzige, heilige Wahrheit verstanden. Wehe, Menschen lieben ausserhalb des heterosexuellen Schemas oder streben keine klassische Kernfamilie an, wehe FTIQ* sehen das Mutter-sein nicht als höchstes Ziel ihres Daseins oder umsorgen nicht „ihren Mann“. Die selbst ernannten «Freunde des Lebens» sind keine solchen - im Gegenteil wollen sie uns allen ihre Lebensentwürfe aufdrängen und streben deshalb nach Unterdrückung und Bevormundung unserer Körper und somit unserer Leben.

Das Erstarken rechter Ideologie bedeutet stets auch einen Angriff auf die Rechte von FTIQ*. Wenn in Zürich nun christliche Fundamentalist*innen gemeinsam mit der SVP und Neonazis aufmarschieren, zeigt das die Verstrickungen der Anti-Abtreibungs-Bewegung mit der ausländer*innenfeindlichen, hetzerischen, rassistischen Rhetorik rechter Kreise.

Wie sieht die Situation international aus?

Die erstarkenden Anti-Selbstbestimmungsbewegungen sind Ausdruck eines internationalen Erstarkens rechtskonservativer Ideologien. So wurden in den USA im Jahr 2019, in einem Klima von rechter Hetze, Sexismus und reaktionärer Politik, bereits massivste Einschränkungen der Abtreibungsrechte durchgesetzt. Eine wachsende Zahl an Bundestaaten verhängte komplette Abtreibungsverbote. Auch in Polen wollte die rechtskonservative Regierungspartei Schwangerschaftsabbrüche illegalisieren. Doch durch die sogenannten «schwarzen Proteste» konnte das drohende Gesetz gekippt werden. Widerstand gegen die Beschneidung unserer Rechte regt sich überall, so auch in den USA oder Argentinien. Auch wir in der Schweiz haben am feministischen Streiktag dieses Jahr schon gezeigt, wie viele wir sind, die sich für Selbstbestimmung und emanzipatorische Veränderungen in der Gesellschaft erheben. Es kann nicht sein, dass wir diesen erkämpften Raum jetzt Menschen überlassen, die all unsere Forderungen nach Autonomie, nach der Entstaubung der Familienmodelle, und nach der Freiheit, zu lieben wen und wie wir wollen, mit Füßen treten. Wir sind viele, wir sind stark, und wir lassen uns weder einschränken noch vertreiben!

¹FTIQ: Trans Personen sind Menschen, deren Geschlecht nicht mit dem übereinstimmt, das ihnen bei der Geburt zugeordnet wurde. Inter bezeichnet Menschen, deren Geschlechtsmerkmale keiner der beiden Kategorien „Mann“ und „Frau“ entsprechen.

(Gender) queere Menschen bewegen sich zwischen oder ausserhalb dieser zwei Kategorien. Geschlecht ist ein Spektrum und die Einteilung in die zwei gegensätzlichen Kategorien „Mann“ und „Frau“ ist gesellschaftlich konstruiert. Nicht jede Person mit einer Gebärmutter ist eine Frau, und nicht jede Frau kann schwanger werden. Es ist deshalb enorm wichtig, dass der sichere Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen auch für trans, inter und queere Personen möglich ist.

f.u.d.i. (feministische und direkte Intervention)



Vielen Geflüchteten bleibt auch keine Wahl. Um ihr Leben zu schützen, MÜSSEN sie sich aufs Mittelmeer begeben. Ihre Agenda für das Leben erscheint mir auf Grundlage Ihrer Äußerungen nicht wirklich glaubwürdig und überzeugend.

1 Mon. Gefällt mir Antworten Mehr



Marsch fürs Läbe

Man hat immer eine Wahl!

1 Mon. Gefällt mir Antworten Mehr



Marsch fürs Läbe

.. um es noch etwas zu spezifizieren: mündige Menschen haben immer eine Wahl. Die Ungeborenen im Mutterleib z.B. eben nicht!

1 Mon. Gefällt mir Antworten Mehr



Marsch fürs Läbe Welche Wahl haben denn Personen, die vor Folter fliehen?

1 Mon. Gefällt mir Antworten Mehr



Interessant, dass Sie hier nicht mehr die Diskussion fortsetzen. Ich kann Ihnen Ihre Pro-Life-Haltung nicht glauben.

3 Wo. Gefällt mir Antworten Mehr

Die Kontrolle des menschlichen Körpers

*Am 14. September 2019 planen religiöse Fundamentalist*innen eine Kundgebung. Ihr Anliegen betrifft die Selbstbestimmung über den eigenen Körper, in Bezug auf die Abtreibungsfrage.*

Religiöse Extremist*innen versuchen Kontrolle auszuüben, in dem sie mit schlimmen Dingen, wie zum Beispiel der Hölle drohen. Aber auch über Ächtung und Verbannung wird Druck ausgeübt. Eine besondere Rolle spielt immer auch der Körper und die damit verbundene Sexualität. Daher werden Drohungen, zum Beispiel ewige Folterqualen in der Hölle, sehr oft an körperliche Triebe gekoppelt. Das macht es einfacher Menschen Angst zu machen und ihnen ein schlechtes Gewissen einzureden. Diese Ängste werden dann ausgenutzt, um viele Menschen zu kontrollieren. Diese Kontrolle über körperliche Aspekte, ist typisch für den religiösen Extremismus.

Aber nicht nur religiöse Extremist*innen, sondern auch Rassist*innen und Faschist*innen, sind stark auf die Körper der Menschen fixiert. Auch ihre Ideologie versucht Menschen über das Körperliche zu definieren. Sie versuchen diese Definitionen dann ebenfalls über Drohungen, Gewalt und Strafen zu erzwingen. Wie gering die Widersprüche zwischen religiösem Extremismus und Rassismus ist, sieht man an Parteien wie der EDU. Es gibt auch viele SVP-Mitglieder, die in radikalen Freikirchen sind. Auch die geforderten Abtreibungsgesetze sind eine Form der Gewalt. Menschen sollen gezwungen werden, ihre Körper religiösen Dogmen zu unterstellen.

Auch Kapitalist*innen, die körperliche Arbeit ausbeuten, sind an einer Kontrolle menschlicher Körper interessiert. Die Idee, dass eine übergeordnete Stelle, körperliche Aspekte regelt finden sie gut. Auch dass diese Stelle nicht in Frage gestellt werden darf, kommt ihnen entgegen. Daher haben bei solchen Aufmärschen auch Kapitalist*innen ihre Finger im Spiel.

Mit Religion haben solche Aufmärsche im Grunde nicht viel zu tun. Es handelt sich mehr um ein Zusammentreffen all jener die ein Interesse daran haben, eine solche Kontrolle auszuüben. Manche wollen Menschen ihre religiösen Wahnideen aufzwingen, andere wollen ihre rassistischen Weltbilder umsetzen und wieder andere wollen einfach nur Geld verdienen. So trifft man dort neben religiösen Fundamentalist*innen auch rassistische Politiker*innen und Firmenbosse.

Es ist heutzutage nicht einfach, die Kontrolle über den menschlichen Körper mit Religion zu begründen. Viele Menschen verlangen ganz zurecht nach mehr Selbstbestimmung. Die Abtreibungsfrage ist vielmehr ein Deckmäntelchen, hinter dem sich zu grossen Teilen ganz andere Interessen verbergen.

Die körperliche Selbstbestimmung in Bezug auf die Abtreibungsfrage ist für all jene direkt von Bedeutung, die eine Gebärmutter haben. Sie ist aber auch für alle anderen wichtig. Die körperliche Selbstbestimmung ist eine wichtige Forderung im Kampf gegen religiöse Dogmen, gegen patriarchale Strukturen, gegen Rassismus, Faschismus und gegen kapitalistische Ausbeutung. Solche Aufmärsche sind in erster Linie politisch und nicht religiös. Sie haben nichts mit Religionsfreiheit zu tun. Der Versuch auf die Gesetzte Einfluss zu nehmen, ist keine religiöse Kulthandlung. Daher verlangen solche Aufmärsche auch nach einer politischen Antwort. Wer seine Religion praktizieren möchte, kann das über die entsprechende Kultstätte oder im privaten Rahmen jederzeit tun.

Revolutionärer Aufbau

Gender trouble im Paradies

Das jährliche Zelebrieren von Heteronorm und Abfeiern von möglichen Abtreibungsverboten basiert auf einem nicht ganz so barmherzigen Weltbild, wie die konservative Christenschar im „Marsch fürs Läbe“ uns gerne glauben lässt.

Die Ideologie der selbsternannten Lebensschutzbewegung beruft sich auf eine von Gott gegebene, natürliche Ordnung, in der Männer und Frauen zusammen Kinder bekommen sollen; und nur aus diesem Grund Sexualität leben. Daraus folgt eine Ablehnung aller Nicht-Heterosexueller und aller Geschlechtsidentitäten, die nicht in ihr göttliches Schema von „Mann“ und „Frau“ passen. Gottes Schöpfung in Frage zu stellen ist demnach zerstörerisch, auf eine Vielfalt von Körpern und Identitäten hinzuweisen gilt als haushoher Verrat und in fundamentalen Kreisen gar als dämonisch inspirierter Anspruch, so sein zu wollen wie Gott selbst. Die soziale Position der „Frau“ wird immer mit Mutterschaft assoziiert, Familien sind also stets biologisch miteinander verbundene Gemeinschaften und sollen durch das Gesetz abgesichert werden. Die Funktion der schweizerischen Kleinfamilie als Lebensraum für Geburt und Erziehung von Kindern soll somit ausnahmslos geschützt werden. Das wird vor allem dann für viele Menschen unbequem, wenn es um Gesetze und damit verbundene Rechte geht. Beispielsweise Adoptionsrechte, Fortpflanzungsmedizin oder eine Öffnung der Institution Ehe für nicht Regelkonforme kommt daher nicht in Frage. Genauso verpönt sind bezahlbare Verhütungsmittel oder einfach zugängliche Medikamente gegen Geschlechtskrankheiten, die in religiösen Kreisen als Hauptursache von unmoralischen Beziehungen und ausserehelichem Sex gelten.

Für Menschen, die sich ihrer Sexualität oder Geschlechtsidentität wegen der göttlichen Bestimmung der Reproduktion entziehen, gibt es religiöse Umerziehungscamps und Gebetskreise, die heterosexuelle Lust herbeibeschwören und von „Perversionen“ heilen sollen. Auch andere fragwürdige „Therapieformen“, die aktuell in der Schweiz teilweise sogar von der Krankenkasse unbewusst bezahlt werden, versprechen Genesung von gleichgeschlechtlichem Begehren.

Der Marsch fürs Läbe kollaboriert mit verschiedenen rechtskonservativen Politiker_innen wie Samuel Kullmann von der EDU, die dieses Jahr die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm durch die sexuelle Orientierung mit einem Referendum zu verhindern versuchen. Diese Zusammenarbeit verdeutlicht, dass Anderssexuelle, in ihren Augen perverse, kranke Menschen, kein Anrecht

auf Schutz vor Hassrede und öffentlicher Diskriminierung erhalten sollen. Denn die Weitergabe des Lebens steht beim christlichen Geschlechtsakt im Zentrum und kann durch anderssexuelle Handlungen nicht vollzogen werden, was in vielen Kreisen als Beweis genügt, dass nur Heterosexualität gottgewollt und somit richtig und gesund sein kann. Öffentlich nicht in voller Lautstärke auf dieses Fehlverhalten hinweisen zu dürfen wird als Zensur und als Verbot, die biblische Wahrheit verbreiten zu dürfen, dargestellt. Ebenso mischt der Zürcher SVP-Politiker Daniel Regli in der Organisation des Marsch fürs Läbe mit, der es in der Vergangenheit durch menschenverachtende Aussagen zu Suizid bei Schwulen in die Schlagzeilen schaffte.

Da jedoch besser mit Sujets von weissen Babies für ihre politischen Ziele geworben werden kann, bringen die Teilnehmenden des diesjährigen Marsch fürs Läbe ungefragt „attraktive Verteilkarten“ unter die Leute. Hier danken fiktive Neugeborene unter der Überschrift „Meisterwerk“ Mami und Papi, dass sie sich brav an ihre biblische Bestimmung hielten und sich im Rahmen ihrer perfekten Liebesbeziehung für ein Kind entschieden.

Grund genug, sich lautstark gegen dieses realitätsfremde Diktat zu wehren und nicht zu akzeptieren, dass Ungeborene und Menschen mit Behinderung für eine menschenverachtende politische Agenda vorgeschoben werden.

